



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES VÉTÉRINAIRES

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

ACTUALISATION AU 31 DÉCEMBRE 2009

Avis 07-011

Lausanne, le 31 juillet 2010
ECR/GPR/EL/IV/MB/AF/LF/MM/BA

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	3
ANGLETERRE	20
AUTRICHE	24
FRANCE	30
ITALIE	38

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Artt. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33); nunmehr seit dem 01.12.2009 **Artt. 45ff, 49 ff und 56 ff EU-Arbeitsweisevertrag** (AEUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008 (ABl. Nr. C 115 S. 47) EU-Dok.-Nr. 1 1957 E, zuletzt geändert durch Art. 2 Vertrag von Lissabon vom 13. 12. 2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1, ber. ABl. 2008 Nr. C 111 S. 56 u. ABl. 2009 Nr. C 290 S. 1).
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 1.6.2009 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

- [Bundes-Tierärzteordnung](#) (BTÄO), [I-K-40], in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. November 1981 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert Erste VO zur Änderung der Anlage zur Bundes-Tierärzteordnung vom 11.12.2007 (BGBl. I S. 2882).
- [Approbationsordnung für Tierärztinnen und Tierärzte](#) (TApprV) Verordnung zur Approbation von Tierärztinnen und Tierärzten vom 27. Juli 2006 (BGBl. I S. 1827), geändert durch Gesetz vom 2. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2686)
- Landes-Heilberufs und Heilberufskammergesetze

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die einschlägigen Gesetze werden durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Heilberufe (BGBl. I 2686) sehr stark im Detail geändert. Diese Änderungen vom 2.12.2007 sind mittlerweile in eine **konsolidierte** Gesetzesfassung eingeflossen.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Tierärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Tierarzt

1. Titel

Die Berufsbezeichnung "Tierarzt" oder "Tierärztin" darf nach § 2 BTÄO nur führen, wer

- als Tierarzt **approbiert** ist
- oder eine **Erlaubnis** zur vorübergehenden Ausübung des tierärztlichen Berufs als niedergelassener Tierarzt hat oder
- als Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, und **vorübergehend und gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen** im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes als Tierarzt tätig wird.

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

Wer in Deutschland den tierärztlichen Beruf ausüben will, bedarf gem. § 2 Abs. 1 und 2 BTÄO der Approbation als Tierarzt, oder - bei vorübergehender Niederlassung zur Ausübung des tierärztlichen Berufs - einer Erlaubnis.

Die Approbation als Tierarzt ist auf **Antrag** zu erteilen. Hierfür muss der Antragsteller nach § 4 Abs. 1 BTÄO:

1. Deutscher im Sinne des Art. 116 GG, Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sein, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (hierunter fällt die **Schweiz**), oder heimatloser Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer sein
2. Der Antragsteller darf sich **nicht** eines Verhaltens schuldig gemacht haben, aus dem sich seine **Unwürdigkeit** oder **Unzuverlässigkeit** zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt,
3. Er darf nicht in **gesundheitlicher Hinsicht** zur Ausübung des Berufs ungeeignet sein,
4. Er muss nach einer Gesamtausbildungszeit von mindestens **fünf Jahren**, von denen **sechs Monate auf die praktische Ausbildung** entfallen müssen, die Tierärztliche Prüfung im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestanden haben. Eine in einem EU-Mitgliedsstaates oder einem anderen EWR-Vertragsstaat oder einem Vertrags-

Allemanne

staates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben abgeschlossene tierärztliche Ausbildung gilt nach § 4 Abs. 1a BTÄO als Ausbildung im Sinne des Absatzes 1 Nr. 4, wenn sie nachgewiesen wird durch Vorlage

1. eines in der Anlage zur BTÄO aufgeführten **Ausbildungsnachweises** des jeweiligen Mitgliedstaats, der sich auf eine nach dem in der Anlage aufgeführten jeweiligen Stichtag begonnene Ausbildung bezieht, oder
2. eines Ausbildungsnachweises, der sich auf eine **vor** dem in der Anlage zu diesem Gesetz aufgeführten jeweiligen Stichtag begonnene Ausbildung bezieht und dem eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des jeweiligen Staates darüber beigefügt wird, dass die Ausbildung den Anforderungen des Artikels 38 der Richtlinie 2005/36/EG¹ in der jeweils geltenden Fassung entspricht.

Für die **Schweiz** ist dies das:

Diplome fédéral de vétérinaire/Eidgenössisches Tierarztdiplom/Diploma federale di veterinario (Departement federal de l'interieur/ Eidgenössisches Departement des Innern/Departamento federale dell' interno); Stichtag ist der **1. Juni 2002**.

Den genannten Ausbildungsnachweisen gleichwertig sind von einem EU-Mitgliedsstaat oder einem anderen EWR-Vertragsstaat **oder einem Vertragsstaat, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ausgestellte Ausbildungsnachweise des Tierarztes, die den in der Anlage zu Satz 1 für den jeweiligen Staat aufgeführten Bezeichnungen nicht entsprechen, aber mit einer Bescheinigung der zuständigen Behörde oder Stelle dieses Staates darüber vorgelegt werden, dass sie eine Ausbildung abschließen, die den Mindestanforderungen des Artikels 38 der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, und dass sie den für diesen Staat in der Anlage aufgeführten Nachweisen gleichstehen.

Ausbildungsnachweise, die der Antragsteller außerhalb der EU erworben hat, sind, sofern sie bereits in einem Mitgliedstaat nach Artikel 2 Abs. 2 der Richtlinie 2005/36/EG anerkannt worden sind und eine Bescheinigung der zuständigen Behörde dieses Mitgliedstaats beigefügt ist, dass sein Inhaber den tierärztlichen Beruf mindestens drei Jahre lang ununterbrochen in diesem Mitgliedstaat ausgeübt hat, den in Satz 1 Nr. 1 genannten Ausbildungsnachweisen gleichwertig, sofern sich die Ausbildung nicht auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch die Ausbildung nach diesem Gesetz und die Verordnung zur Approbation von Tierärztinnen und Tierärzten vorgeschrieben sind oder die nachgewiesene Berufserfahrung zum Ausgleich der wesentlichen Unterschiede zwischen den Ausbildungen geeignet ist.

Durch Rechtsverordnung passt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Anlage zur BTÄO späteren Änderungen von Anhang V Nummer 5.4.2 der Richtlinie 2005/36/EG an.

Sind die Voraussetzungen an den Befähigungsnachweis nicht erfüllt, kann die Approbation als Tierarzt nur erteilt werden, wenn der Betroffene eine abgeschlossene Ausbildung für die Ausübung des Tierarztberufs erworben hat und die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes gegeben ist (§ 4 Abs. 2 BTÄO). In die Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nach Satz 1 sind bei einem Antragsteller,

¹ Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

Allemagne

der Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedsstaats oder eines anderen EWR-Vertragsstaats oder eines Vertragsstaats ist, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben sind die in einem anderen Staat absolvierten Ausbildungsgänge oder die dort erworbene Berufserfahrung einzubeziehen.

Ein gleichwertiger Kenntnisstand ist nachzuweisen, wenn

1. die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht gegeben ist,
2. eine Prüfung der Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person des Antragstellers liegen, von diesem nicht vorgelegt werden können oder
3. der Tierarzt die Anforderungen der tatsächlichen und rechtmäßigen Berufspraxis nach Artikel 23 der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt. Der Nachweis erfolgt durch eine Prüfung, die sich auf den Inhalt der deutschen Tierärztlichen Prüfung erstreckt, beschränkt sich jedoch auf diejenigen Bereiche, in denen die Ausbildung hinter der deutschen Ausbildung zurückbleibt.

Gem. § 15a Abs. 1 BTÄO sind zudem Antragstellern, die die sonstigen Voraussetzungen zur Approbation als Tierarzt erfüllen können auch auf Grund der Vorlage eines **vor** den Stichtagen ausgestellten tierärztlichen Ausbildungsnachweises eines der übrigen EU-Mitgliedstaaten oder eines vor dem 1. Januar 1993 ausgestellten tierärztlichen Ausbildungsnachweises eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, beantragen und dieser nicht allen Mindestanforderungen der tierärztlichen Ausbildung nach Artikel 38 der Richtlinie 2005/36/EG genügt, ist die Approbation als Tierarzt zu erteilen, sofern der zuständigen Behörde eine Bescheinigung des Herkunftsmitgliedstaats vorgelegt wird, aus der sich ergibt, dass der Antragsteller während der letzten **fünf** Jahre vor Ausstellung der Bescheinigung **mindestens drei** Jahre ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig den tierärztlichen Beruf ausgeübt hat.

5. Der Antragsteller muss über die für die Ausübung der Berufstätigkeit **erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache** verfügt.

b. Antragsinhalt

Der Antragsteller hat nach § 4 Abs. 6 BTÄO folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis**
2. **Amtlich beglaubigte Kopie der Befähigungsnachweise** oder des Ausbildungsnachweises, der zur Aufnahme des entsprechenden Berufs berechtigt sowie gegebenenfalls eine Bescheinigung über die von der betreffenden Person erworbene Berufserfahrung
3. die Unterlagen, die von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats ausgestellt wurden und belegen, dass der Antragsteller **nicht** der Berufsausübung **unwürdig und unzuverlässig** ist (nicht älter als **drei Monate**); Nachweis fehlender Anhängigkeit eines Strafverfahrens (§ 63 TAppV)
4. der Nachweis der **gesundheitlichen Eignung** (nicht älter als **drei Monate**),

Allemagne

5. eine Bescheinigung der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats, aus der hervorgeht, dass die Nachweise über die geforderten Ausbildungsvoraussetzungen den in der Richtlinie verlangten Nachweisen entsprechen,
6. bei Ausbildungsnachweisen aus einem **Drittland** zusätzliche Angaben, um feststellen zu können, ob sich die Ausbildung auf Inhalte bezieht, die sich wesentlich von der in Deutschland vorgeschriebenen Ausbildung unterscheiden,
7. für den Fall, dass sich Ausbildungsnachweise nach Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe c der Richtlinie 2005/36/EG eines EU-Mitgliedsstaats, eines anderen EWR-Vertragsstaats oder eines Vertragsstaats, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben auf eine Ausbildung beziehen, die ganz oder teilweise in einer rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines anderen der genannten Staaten niedergelassenen Einrichtung absolviert wurde, Unterlagen darüber,
 - a) ob der Ausbildungsgang in der betreffenden Einrichtung von der Ausbildungseinrichtung des Ausstellungsmitgliedstaats offiziell bescheinigt worden ist,
 - b) ob der ausgestellte Ausbildungsnachweis dem entspricht, der verliehen worden wäre, wenn der Ausbildungsgang vollständig im Ausstellungsmitgliedstaat absolviert worden wäre, und
 - c) ob mit dem Ausbildungsnachweis im Hoheitsgebiet des Ausstellungsmitgliedstaats dieselben beruflichen Rechte verliehen werden.

Haben die zuständigen Behörden berechtigte Zweifel an der Authentizität der in dem jeweiligen Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise, können sie von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität dieser Bescheinigungen und Nachweise sowie eine Bestätigung darüber verlangen, dass der Antragsteller die Mindestanforderungen der Ausbildung erfüllt, die in Artikel 38 der Richtlinie 2005/36/EG verlangt werden

8. **Reisepasskopie** (§ 63 Nr. 1 TAppV)

An sich sollte der nach § 63 Abs. 1 Nr. 4 TAppV erforderliche Nachweise (**Geburtsurkunde oder Auszug aus Familienbuch, bei Verheirateten ein Auszug aus dem für die Ehe geführten Familienbuch**) nicht gefordert sein, besser ist es jedoch diese mit beizulegen, sofern man ohnehin darüber verfügt. Soweit die Nachweise nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sollten sie zusätzlich in durch einen gesetzlich vereidigten Übersetzer beglaubigter **Übersetzung** vorgelegt werden. Die Unterlagen sind in beglaubigter Kopie einzureichen oder als Original mit einfacher Kopie (Unterlagen werden zurückgesandt)

c. **Kammermitgliedschaft**

Die **Kammermitgliedschaftspflicht** für approbierte niedergelassene Tierärzte ergibt sich aus den Landes-Heilberufekammergesetzen, wie etwa dem baden-württembergischen HBKG².

² Gesetz über das Berufsrecht und die Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz – HBKG) in der Fassung vom 16. März 1995 (GBl. BW v. 17.05.1995 S. 314), zuletzt geändert durch Art. 12 DLR-Gesetz BW vom 17. 12. 2009 (GBl. S. 809).

Allemagne

Nach dessen § 2 Abs. 1 Nr. 3 gehören der Landestierärztekammer alle Tierärztinnen und Tierärzte an, die bestellt oder approbiert sind oder eine Erlaubnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufs besitzen, und die im Inland ihren Beruf ausüben oder, falls sie ihren Beruf nicht ausüben, im Land ihren Wohnsitz haben. Nach Erteilung der Approbation hat der Arzt sich unverzüglich bei der zuständigen Landesärztekammer anzumelden.

Adressen der Landestierärztekammern

Landestierärztekammer Baden-Württemberg

Am Kräherwald 219
70193 Stuttgart
Tel.: 07 11/7 22 86 32 - 0
Fax: 07 11/7 22 86 32 - 20
info@ltk-bw.de
www.ltk-bw.de

Bayerische Landestierärztekammer

Bavariastr. 7a
80336 München
Tel.: 0 89/21 99 08 - 0
Fax: 0 89/21 99 08 - 33
kontakt@bltk.de
www.bltk.de

Tierärztekammer Berlin

Sickingenstr. 1
10553 Berlin
Tel.: 0 30/3 12 18 75
Fax: 0 30/3 12 60 52
tieraerztekammer-berlin@gmx.de
www.tieraerztekammer-berlin.de

Landestierärztekammer Brandenburg

Am Halbleiterwerk 1
15236 Frankfurt (Oder)
Tel.: 03 35/28 49 28 48
Fax: 03 35/28 49 28 50
ltk-bbg@t-online.de
www.ltk-brandenburg.de

Tierärztekammer Bremen

im LMTVet.
Findorffstr. 101
28215 Bremen
Tel.: 04 21/3 61 40 37
Fax: 04 21/3 61 74 66
Elisabeth.Oltmann@veterinaer.bremen.de
www.bundestieraerztekammer.de/mitglieder/tieraerztekammern_der_laender/bremen

Allemagne

Tierärztekammer Hamburg

Sternstrasse 106
20357 Hamburg
Tel.: 0 40/4 39 16 23
Fax: 0 40/43 25 05 77
TK-HH@t-online.de
www.tieraerzte-hamburg.de

Landestierärztekammer Hessen

Bahnhofstraße 13
65527 Niedernhausen
Tel.: 0 61 27/9075-0
Fax: 0 61 27/9075-23
tk-hessen@t-online.de
www.ltk-hessen.de

Landestierärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

Griebnitzer Weg 2
18196 Dummerstorf
Tel.: 03 82 08/6 05 41
Fax: 03 82 08/8 03 16
LTK.MV@t-online.de
www.landestieraerztekammer-mv.de

Tierärztekammer Niedersachsen

Fichtestraße 13
30625 Hannover
Tel.: 05 11/55 50 91
Fax: 05 11/55 02 97
mail@tknds.de
www.tknds.de

Tierärztekammer Nordrhein

St. Töniser Straße 15
47906 Kempen
Tel.: 0 21 52/2 05 58-0
Fax: 0 21 52/2 05 58-50
info@tieraerztekammer-nordrhein.de
www.tieraerztekammer-nordrhein.de

Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz

Am Äckerchen 41
66869 Blaubach
Tel.: 0 63 81/42 91 95
Fax: 0 63 81/42 91 96
ltk.rheinland.pfalz@t-online.de
www.landestieraerztekammer-rheinland-pfalz.de

Tierärztekammer des Saarlandes

Henri-Dunant-Weg 7
66564 Ottweiler
Tel.: 0 68 24/70 01 18
Fax: 0 68 24/66 40
tieraerztekammer@t-online.de
www.tierarzt-saar.de

Sächsische Landestierärztekammer

Schützenhöhe 16
01099 Dresden
Tel.: 03 51/82 67-2 00
Fax: 03 51/82 67-2 02
info@tieraerztekammer-sachsen.de
www.tieraerzte-sachsen.de

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Freiimfelder Str. 4
06112 Halle (Saale)
Tel.: 03 45/57 54 12-0
Fax: 03 45/57 54 12-20
poststelle@taek-lsa.de
www.tieraerztekammer-sachsen-anhalt.de

Tierärztekammer Schleswig-Holstein

Hamburger Str. 99a
25746 Heide
Tel.: 04 81/55 42
Fax: 04 81/8 83 35
Schleswig-Holstein@tieraerztekammer.de
www.sh.tieraerztekammer.de

Landestierärztekammer Thüringen

Buchholzgasse 1
99425 Weimar
Tel.: 0 36 43/90 46 53
Fax: 0 36 43/90 46 56
ltk_thuer@t-online.de
www.landestieraerztekammer-thueringen.de

Geschäftsstelle der Bundestierärztekammer

Oxfordstraße 10
53111 Bonn
Tel. (02 28) 72 54 60
Fax (02 28) 72 54 666
geschaefsstelle@btk-bonn.de
<http://www.bundestieraerztekammer.de/>

d. Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen

aa. Zuständige Behörden

Der Antrag auf Approbation ist gem. § 13 BTÄO an die zuständige Behörde des Landes zu richten, in dem der tierärztliche Beruf ausgeübt werden soll.

Der Einfachheit halber werden nachfolgend nicht die diversen Gesetzesbestimmungen sondern direkt die zuständigen Behörden und die intern zuständigen Dienste aufgeführt.

Allemagne

Adressen der zuständigen Behörden (Stand Januar 2010)³

BADEN-WÜRTTEMBERG

Regierungspräsidium Stuttgart

Ruppmannstr. 21

70565 Stuttgart

Tel.: 07 11/9 04 -0

Fax.: 0721/9 04 -2408

poststelle@rps.bw.de

www.rp.baden-wuerttemberg.de

BAYERN

Regierung von Oberbayern

(zuständig für Approbationen)

Maximilianstr. 39

80538 München

Tel.: 089 / 2176 2634

Fax: 089 / 2176 402634

approbation.erlaubnis@reg-ob.bayern.de

www.regierung.oberbayern.bayern.de/

Regierung von Niederbayern

(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)

Regierungsplatz 540

84028 Landshut

Tel.: 0871 / 8 08 - 01

Fax: 0871 / 8 08 - 10 02

poststelle@reg-nb.bayern.de

www.regierung.niederbayern.bayern.de

Regierung der Oberpfalz

(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)

Emmeramsplatz 8

93047 Regensburg

Tel.: 0941/5680 -0

Fax: 0941/5680 -199

poststelle@reg-opf.bayern.de

www.regierung.oberpfalz.bayern.de

Regierung von Oberfranken

(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)

Ludwigstraße 20

95444 Bayreuth

Tel.: 0921 / 60 4 -0

Fax: 0921 / 60 4 -1258

poststelle@reg-ofr.bayern.de

www.regierung.oberfranken.bayern.de

³

Nach der neuen Regelung in § 2 Abs. 1a BÄO heisst es „Die Länder benennen die Behörden und Stellen, die für die Ausstellung oder Entgegennahme der in der Richtlinie 2005/36/EG genannten Ausbildungsnachweise und sonstigen Unterlagen oder Informationen zuständig sind, sowie die Behörden und Stellen, die die Anträge annehmen und die Entscheidungen treffen können, die im Zusammenhang mit dieser Richtlinie stehen.“, Theoretisch können sich die Zuständigkeiten ändern, im Wesentlichen sollte dies jedoch nicht der Fall sein.

Allemagne

Regierung von Mittelfranken
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Promenade 27
91522 Ansbach
Tel.: 0981/53 -0
Fax: 0981/53 -1206
poststelle@reg-mfr.bayern.de
www.regierung.mittelfranken.bayern.de

Regierung von Unterfranken
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Peterplatz 9
97070 Würzburg
Tel.: 0931/380 -00
Fax: 0931/380 -2222
approbation@reg-ufr.bayern.de
www.regierung.unterfranken.bayern.de

Regierung von Schwaben
(zuständig für Erlaubnis gem. § 11 BTO)
Fronhof 10
86152 Augsburg
Tel.: 0821/327 -2409
Fax: 0821/327 -12409
umwelt.gesundheit.verbraucherschutz@reg-schw.bayern.de
www.regierung.schwaben.bayern.de

BERLIN

Landesamt für Gesundheit und Soziales
Ref. II A
Herr Sommerfeld
Am Fehrbelliner Platz 1
10702 Berlin
Tel.: 030/90229 -0
Fax: 030/90229 -2094
Info.arzt@lageso.de
<http://www.berlin.de/lageso/gesundheit/akademische-berufe/arzt/index.html>

BRANDENBURG

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz
Landestierarzt Ministerialrat Dr. Reimer
Postfach 60 11 50
14411 Potsdam
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel.: 03 31/8 66-74 50
Fax: 03 31/8 66-74 44
poststelle@mluv.brandenburg.de
<http://www.mugv.brandenburg.de>

Allemagne

BREMEN

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Abteilung Gesundheitswesen

Am Bahnhofsplatz 29

28195 Bremen

Tel.: 0421/361 9580

Fax: 0421/361 2072

office@soziales.bremen.de

<http://www.soziales.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.2188.de>

HAMBURG

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

Billstraße 80

20539 Hamburg

Tel.: 040/428 37 -3796

Fax: 040/428 37 -3597

gesundheit-verbraucherschutz@bsg.hamburg.de

www.fhh.hamburg.de

HESSEN

Regierungspräsidium Gießen Dezernat 54

Gewerbepark Spilburg

Schanzenfeldstr.12/B 7

35578 Wetzlar

Tel.: 0641/303 5436

Fax: 0641/303 5403

veterinaer@rpgi.hessen.de

www.rp-giessen.de

MECKLENBURGVORPOMMERN

Ministerium Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

19048 Schwerin

Paulshöher Weg 1

19061 Schwerin

03 85/5 88- 0

03 85/5 88-60 24

poststelle@lm.mv-regierung.de

www.mv-regierung.de

NIEDERSACHSEN

Tierärztekammer Niedersachsen

Fichtestraße 13

30625 Hannover

Tel.: 05 11/55 50 91

Fax: 05 11/55 02 97

mail@tknds.de

www.tknds.de

Allemagne

NORDRHEINWESTFALEN

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf
Tel.: 02 11/45 66-666
Fax: 02 11/45 66-621
poststelle@munlv.nrw.de
www.munlv.nrw.de

RHEINLAND-PFALZ

Landesuntersuchungsamt
Mainzer Str. 112
56068 Koblenz
Tel.: 02 61/91 49-0
Fax: 13 02 61/91 49-1 90
poststelle@lua.rlp.de
www.lua.rlp.de

SAARLAND

Landesamt für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
Hochstraße 67
66115 Saarbrücken
Tel.: 0681/997843 -04
Fax: 0681/997843 -99
zentralstelle@lsgv.saarland.de
<http://www.lsgv.saarland.de/landespruefungsamt.htm>

SACHSEN

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
Albertstr. 10
01097 Dresden
Tel.: 0351/5 64 57 -68
Fax: 0351/5 64 57 -70
poststelle@sms.sachsen.de
www.sms.sachsen.de

SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Str. 4
39108 Magdeburg
Tel.: 0391/567 -01
Fax: 0391/567 -1727
poststelle@mlu.lsanet.de
www.mlu.sachsen-anhalt.de

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Mercatorstraße 3
24196 Kiel
Tel.: 0431/988 -4998
Fax: 0431/988 -5246
internetredaktion@mlur.landsh.de
http://www.schleswig-holstein.de/MLUR/DE/MLUR_node.html

THÜRINGEN

Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz

Abteilung 2

Tennstedter Straße 8/9

99947 Bad Langensalza

Tel.: 0361/37743 -200

Fax: 0361/37743 -020

Abteilung2@tlv.thueringen.de

<http://www.thueringen.de/de/tlv/>

bb. Verfahren, Fristen

Die zuständige Behörde bestätigt dem Antragsteller oder der Antragstellerin binnen eines Monats den Empfang der Unterlagen und teilt ihm oder ihr mit, welche Unterlagen fehlen (§ 63 Abs. 2 TAppV).

Über den Antrag eines Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedsstaates, eines anderen EWR-Vertragsstaats **oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben**, ist spätestens drei Monate nach Vorlage der Unterlagen durch den Antragsteller zu entscheiden (§ 63 Abs. 5 TAppV). Die **Frist** für die Erteilung der Approbation ist für alle Bundesländer einheitlich. Soweit es um die Anerkennung eines Ausbildungsnachweises eines Drittstaates geht, stehen vier statt drei Monate zur Verfügung.

cc. Anzeigepflichten der inländischen Behörden

Gem. § 4 Abs. 1b BTÄO **unterrichten** die zuständigen Behörden des Landes, in dem der ärztliche Beruf ausgeübt wird oder zuletzt ausgeübt worden ist, die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen strafrechtlicher Sanktionen, über die Rücknahme, den Widerruf und die Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Das Bundesministerium für Gesundheit wird hierüber unterrichtet und übermittelt die Informationen unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, insbesondere im Hinblick auf Artikel 60 Abs. 1 der Richtlinie 2005/36/EG.

d. Entscheidung und Rechtsbehelfe

Soll die Erteilung der Approbation wegen Unzuverlässigkeit oder fehlender gesundheitlicher Eignung abgelehnt werden, so ist der Antragsteller oder sein gesetzlicher Vertreter vorher zu hören, § 4 Abs. 4 BÄTO.

Rücknahme und Widerruf sind gem. § 6, 7 BTÄO möglich, wenn die Voraussetzungen der Approbation tatsächlich nicht vorlagen oder nachträglich weggefallen sind, etwa weil die Zuverlässigkeit nicht gegeben ist oder die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes nicht vorgelegen hat. Gem. § 8 BTÄO kann ihr Ruhen angeordnet werden, wenn der Zahnarzt nicht über die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

e. Rechtsstellung

aa. Berufspflichten

Auch nach Art. 17 des **bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes**⁴ sind Tierärzte verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen. Gem. § 18 BayHKaG haben sie insbesondere die Pflicht, sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, soweit sie in eigener Praxis tätig sind, am Notfall- und Bereitschaftsdienst teilzunehmen, über in Ausübung ihres Berufs gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen.

Gem. § 29, 30 des **Baden-Württembergischen Heilberufekammergesetzes** (HBKaG) sind alle Kammermitglieder verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen in Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen, nachzukommen. **Praktizierende** Kammermitglieder haben zudem die Pflicht, sich beruflich fortzubilden und sich dabei auch über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten, sind verpflichtet, an Maßnahmen ihrer Kammer oder eines von der Kammer beauftragten Dritten mitzuwirken, die der Sicherung der Qualität der beruflichen Leistungen dienen, haben über die in Ausübung ihres Berufes gemachten Feststellungen und die getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen; sie haben grundsätzlich am Notfalldienst teilzunehmen und sich hierin fortzubilden.

bb. Erlaubnis zur Berufsausübung von bis zu vier Jahren

Gem. § 11 BTAÖ kann zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs eine **Erlaubnis** erteilt werden, die auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen beschränkt werden kann und nur widerruflich und nur bis zu einer Gesamtdauer der ärztlichen Tätigkeit von höchstens **vier Jahren** erteilt oder verlängert werden. Betragt werden kann sie von Personen, die eine abgeschlossene Ausbildung für den tierärztlichen Beruf nachweisen. Eine weitere Erteilung oder Verlängerung der Erlaubnis ist nur für den Zeitraum möglich, der erforderlich ist, eine unverzüglich nach Erteilung der Erlaubnis begonnene Weiterbildung zum Facharzt abzuschließen, die innerhalb von vier Jahren aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen nicht beendet werden konnte. Die weitere Erteilung oder Verlängerung ist nur zulässig, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Weiterbildung innerhalb dieses Zeitraums abgeschlossen wird und darf den Zeitraum von drei Jahren nicht überschreiten.

Ausnahmen gelten nur, wenn etwa der Antragsteller mit einem Deutschen verheiratet ist oder eine Lebenspartnerschaft führt, oder mit einem EU- oder EWR-Staatsangehörigen oder einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, dem Deutschland und die EG oder EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, verheiratet ist, im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Tätigkeit im Lohn- oder Gehaltsverhältnis oder eine selbständige Tätigkeit ausübt oder im Besitz einer Einbürgerungszusicherung ist.

⁴ Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz - HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl S. 43) BayRS 2122-3-A, zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 2 ZuständigkeitsG Gesundheit, Arbeitsschutz und Ernährung vom 2. 4. 2009 (GVBl S. 46).

Allemagne

Erleichterungen gelten auch, wenn der Antragsteller Ehegatte oder Kind eines Unionsbürgers bzw. eines Staatsangehörigen eines EWR- oder Vertragsstaates ist dem Deutschland und die EG bzw. EU einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (z.B. Schweiz).

Personen, denen eine Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des tierärztlichen Berufs erteilt worden ist, haben im Übrigen **die Rechte und Pflichten eines Tierarztes**.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Gem. § 2 Abs. 3 BTÄO, § 11a TAppV können Tierärzte, die Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates sind, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben, dürfen den tierärztlichen Beruf im Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne Approbation als Tierarzt oder ohne Erlaubnis zur vorübergehenden und gelegentlichen Ausübung des tierärztlichen Berufes ausüben, sofern sie vorübergehend als Erbringer von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 50 des EG-Vertrages im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden. Sie unterliegen jedoch der **schriftlichen Meldepflicht und hat bestimmte Unterlagen vorzulegen**. Der vorübergehende und gelegentliche Charakter der Erbringung von Dienstleistungen wird gem. § 11a Abs. 1 BTÄO im Einzelfall beurteilt, insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit, der regelmäßigen Wiederkehr und der Kontinuität der Dienstleistungserbringung. Eine Berechtigung zur Dienstleistungserbringung besteht nicht, wenn die Voraussetzungen einer Rücknahme oder eines Widerrufs vorliegen.

Die Meldung ist einmal jährlich zu erneuern, wenn der Dienstleistungserbringer beabsichtigt, während des betreffenden Jahres vorübergehend oder gelegentlich Dienstleistungen in Deutschland zu erbringen. Sofern eine vorherige Meldung wegen der Dringlichkeit des Tätigwerdens nicht möglich ist, hat die Meldung unverzüglich nach Erbringung der Dienstleistung zu erfolgen. Wenn Dienstleistungen erstmals erbracht werden oder sich eine wesentliche Änderung gegenüber der in den Dokumenten bescheinigten Situation ergibt, hat der Dienstleistungserbringer der zuständigen Behörde die die Meldung begleitenden Unterlagen erneut vorzulegen.

b. Antragsinhalt

Bei Erstmaliger Erbringung von Dienstleistungen wesentlicher Änderung gegenüber der in den vorgelegten Dokumenten bescheinigten Situation sind folgende Dokumente vorzulegen (nicht älter als zwölf Monate):

1. Staatsangehörigkeitsnachweis
2. Bescheinigung über die rechtmäßige Niederlassung als Tierarzt und darüber, dass zum Zeitpunkt der Vorlage kein Berufsverbot besteht
3. Berufsqualifikationsnachweis.

Zudem erforderlich sind:

- zur Ausübung der Dienstleistung erforderlichen **Kenntnisse der deutschen Sprache**
- Gegebenenfalls Informationen über Einzelheiten zu einem **Versicherungsschutz** oder einer anderen Art des **individuellen oder kollektiven Schutzes in Bezug auf die Berufshaftpflicht**.

2. Zuständige Behörden

Die **Meldung** (§ 11a Abs. 2 BTÄO) nimmt die zuständige Behörde des Landes entgegen, in dem die Dienstleistung erbracht werden soll oder erbracht worden ist (vgl. hierfür obige Liste).

Die zuständigen Behörden können von den zuständigen Behörden des Niederlassungsmitgliedstaats für die Dienstleistungserbringung alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern sowie Informationen über das Nichtvorliegen strafrechtlicher Sanktionen, einer Rücknahme, eines Widerrufs und einer Anordnung des Ruhens der Approbation oder Erlaubnis, über die nicht vorliegende Untersagung der Ausübung der Tätigkeit und über das Fehlen von Tatsachen, die eine dieser Sanktionen oder Maßnahmen rechtfertigen würden.

Die inländische zuständige Behörde unterrichtet ferner unverzüglich die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über das Vorliegen von Sanktionen oder Maßnahmen, die sich auf die Ausübung der Tätigkeiten auswirken könnten. Auf Anforderung hat sie der anfordernden Behörde des Herkunfts- oder eines anderen Mitgliedsstaates alle Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters sowie Informationen darüber zu übermitteln, dass keine berufsbezogenen disziplinarischen oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen.

3. Rechtsstellung

Gem. § 11a Abs. 3 BTÄO hat der Dienstleistungserbringer im Inland die Rechte und Pflichten wie niedergelassene Tierärzte. Er kann den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln und den geltenden Disziplinarbestimmungen unterworfen werden; so etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titeln und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher.

a. Berufspflichten

Gem. den Landesheilberufe- oder -heilberufekammergesetzen, z.B. § 2 a des baden-württembergischen Heilberufekammergesetzes haben Dienstleister bei Erbringung ihrer Dienstleistung die gleichen Rechte und Pflichten zur Berufsausübung wie die niedergelassenen Kammerangehörigen, so insbesondere die Pflichten zur gewissenhaften Berufsausübung und zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung. Sie unterliegen den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln einschließlich der Berufserrichtbarkeit nach Maßgabe des Artikels 5 Abs. 3 der Richtlinie 2005/36/EG.

b. Keine Kammermitgliedschaft

Nach den Landes-Heilberufekammergesetzen, z.B. dem baden-württembergischen, gehören Berufsangehörige, die als Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaates oder eines anderen EWR-Vertragsstaates oder eines Vertragsstaates, dem Deutschland und EG bzw. EU vertraglich einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben im Geltungsbereich dieses Gesetzes im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der EG ihren Beruf vorübergehend und gelegentlich ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, den Kammern nicht an, solange sie in einem anderen EU-Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Ein Zusammenschluss niedergelassener Tierärzte zur gemeinsamen ambulanten Leistungserbringung ist grundsätzlich möglich. Die gebräuchlichste Struktur für die gemeinsame Berufsausübung ist Gemeinschaftspraxis (Gesellschaft bürgerlichen Rechts). Zudem steht die Möglichkeit der Partnerschaftsgesellschaft zur Verfügung. Kapitalgesellschaften haben sich nicht durchsetzen können, auch aus berufsrechtlichen Gründen. Hier finden sich teils ausdrückliche Einschränkungen in den Landes-Heilberufegesetzen, so etwa in Art. 18 Satz 2 des **Bayerischen** Heilberufe-Kammergesetzes,⁵ nach welchem die Führung einer Praxis in der Rechtsform einer **juristischen Person des privaten Rechts nicht statthaft ist**.

Die Rechtsprechung und Gesetzgebung zeigt jedoch eine Tendenz zur Zulassung der Ärzte-GmbH. Der Bundesgerichtshofs hatte die Rechtmäßigkeit einer Zahnärzte-GmbH bereits 1993 bejaht (BGHZ 124, 224 ff) und festgestellt, dass § 1 ZHG ambulante Zahnbehandlungen als eigene vertragliche Leistung einer Zahnärzte-GmbH nicht verbietet. Diese Gesellschaftsform bringt jedoch nicht die Haftungsentlastung, die sie vermuten lässt, denn die Begrenzung des haftungsrechtlichen Risikos nach den §§ 1, 13 GmbHG, die die GmbH ausmacht greift bei Ärzten nur beschränkt, da diese für Behandlungsfehler und Verletzung von Aufklärungspflichten gleichwohl über die deliktische Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB mit ihrem Privatvermögen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld haften.

Eine spürbare Haftungsreduzierung des Arzthaftungsrechts wird durch die Gründung einer Ärzte-GmbH nicht erreicht. Die vertragliche Haftungsentlastung hilft nur bei Verträgen mit Herstellern teurer Instrumente und Apparate und im Hinblick auf das Personal. In der Praxis werden sich die Hersteller von Apparaturen jedoch bei Verträgen mit einer GmbH anderweitig absichern wollen.

⁵ Gesetz über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker sowie der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Heilberufe-Kammergesetz - HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl. S. 43), zuletzt geändert am 24.7.2007 (GVBl. S. 498).

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation primaire

- Directive 78/1026/EEC
- Directive 2005/36/EC
- Directive 1612/68/EEC
- Veterinary Surgeons Act 1966

2. Législation secondaire (règlement, arrêté, décret, directive administrative)

- *Veterinary Surgeons' Qualifications (European Recognition) Order, 2007/1348*
- *Veterinary Surgeons' Qualifications (European Recognition) Order, SI 2003 No. 2919*
- The European Communities (Recognition of Professional Qualifications) Regulations, SI 2007 No 2781 ("General Systems Regulations")

B. Interrelation avec le droit européen

1. Etat de transposition des directives européennes

Transposed

2. Rapport avec l'Accord bilatéral EU-Suisse

Provisions integrated into existing legislation

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

The holder of a **Federal Veterinary Diploma** issued by the Swiss Département fédéral de l'intérieur / Titulaire du diplôme fédéral de vétérinaire / eidgenössisch diplomierter Tierarzt / titolare di diploma federale di veterinario **will be entitled to recognition.**⁶ **A Swiss citizen is treated in the same manner as a citizen of an EU or EAA Member State for the purposes of Registration of EU and EAA agreement.**

⁶ Veterinary Surgeons' Qualifications (European Recognition) Order, Sch 1 Para 4: Schedule 1A.

Angleterre

Any individual who practices or hold himself out as practising or as being prepared to practise, **veterinary surgery** who is **not** registered in the register of veterinary surgeons **may be liable to a fine.**⁷

The RCVS Guide to Professional Conduct provides that a veterinarian must ensure that all their professional activities are covered by professional indemnity insurance or equivalent arrangements.⁸

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Applications for registration are **made in person**, by **prior appointment.**⁹

A Swiss veterinarian holding a recognised a Federal Veterinary Diploma who wishes to become established in the United Kingdom, should send to the Royal College of Veterinary Surgeons photocopies of the following documents. These will be verified for eligibility for registration (with notarised English translations where necessary):

- Proof of nationality (i.e. passport or national identity card);
- Certificate of veterinary qualification;
- Documentation from a competent registration authority of an EU Member State confirming:
- Current membership;
- Good professional standing.

Once the application is accepted, the candidate must make an appointment to visit the RCVS in person and must bring with him or her the originals of the above documents.

The **fees** are as follows: **Registration fee** = £70.00 + plus proportion of home-practising retention fee expressed in quarters of the year. **Temporary registration fee** = £293.00. **Annual Retention Fees** (as of 1 April 2007): Home-Practising (including those residing in the Channel Islands and the Isle of Man) £277.00 Overseas-Practising £139.00. Non-Practising (For members that will be under the age of 70 years on 31st March 2006). £46.00 Non-Practising (For members that will be over the age of 70 years on 1st April 2006) N / A Postgraduate Member: £139.00.

3. Autorité compétente, instruction, procédure, délais

The “Council of the Royal College of Veterinary Surgeons” **maintains a register of veterinary surgeons.**¹⁰ Those registered become **members of the College.**¹¹

The register shall consist of four lists. One of them is the **foreign list**, that is the list of persons so registered as holding some **foreign qualification**. Another one is the **temporary list**, i.e. the list of persons entitled to **provide services** on a **temporary basis** (see B.1 below).

⁷ Veterinary Surgeons Act 1966 § 19.

⁸ Section 1E available at:
<http://www.rcvs.org.uk/Templates/PreviousNext.asp?NodeID=89722&int1stParentNodeID=89642>.

⁹ See: <http://www.rcvs.org.uk/Templates/Internal.asp?NodeID=92578>.

¹⁰ [Veterinary Surgeons Act 1966](#) Chapter 36 s. 1.

¹¹ *Ibid* s. 5A(2).

Rules and regulations of the Council **must be approved by the Privy Council.**¹²

4. Décision et possibilité de recours

The registrar must give notice to an applicant for registration **within three months**. If the registrar fails to give notice to the applicant within the period of three months, the registrar shall be **deemed to have refused to register him on the last day of that period**.

A person **may appeal to the Council within three months** if his application for registration is refused. The **registration appeals committee** must, **within 28 days** of making a decision, give notice of its decision to the applicant. Such notice must give **reasons** for the decision of the registration appeals committee and refer to the applicant's right to appeal within 28 days to the **county court** against the decision of the registration appeals committee.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

A veterinary surgeon who is registered in Switzerland, who is eligible for registration in the U.K. and who has made a **prior declaration of the services** to be provided to the **Royal College of Veterinary Surgeons** may **'provide services' in the U.K. with the same rights and obligations as U.K. Veterinarian**¹³

Section 7 (1a) & (1b) of the Veterinary Surgeons Act 1966 permits a person holding a foreign veterinary qualification to **practise temporarily or otherwise subject to restrictions directed by Council**.

Temporary registration:

1. is granted in order that a person holding a foreign veterinary qualification may carry out acts of veterinary surgery in accordance with the duties of a specified position in a specific location, and who is responsible to a named **Member of the Royal College of Veterinary Surgeons ("MRCVS"** (with the exception of Migrant Spouses). It does not permit the Temporary Member to carry out **any other veterinary procedure**, except where that procedure would be permitted by a lay person ;
2. is normally only granted for **a period of up to 5 years**. However, exceptionally, consideration may be given to **further applications**; normally such consideration will be restricted to those in employed positions in veterinary schools and designated veterinary laboratories and research establishments;
3. does **not** permit the Temporary Member (with the exception of Migrant Spouses) **to use the letter MRCVS**, nor to sign prescriptions or certification which requires the signature of a MRCVS;
4. is subject to payment of an **annual retention fee**, for those granted periods in excess of 1 year, on the anniversary date of initial registration.
5. is subject to **suspension** by the Disciplinary Committee.¹⁴

¹² *Id.* s. 25.

¹³ Council Directive 78/1026/EEC. See also <http://www.rcvs.org.uk/Templates/Internal.asp?NodeID=90430>.

¹⁴ <http://www.rcvs.org.uk/Templates/Internal.asp?NodeID=90427>.

The current approved categories are:

1. **UK Graduands.** Graduands may, on request, be granted temporary registration for the period between the publication of the pass list and conferment of degree. This is the only category for whom eventual registration on to the General List is an **automatic procedure**, and the lapse of time between publication of the pass list and the graduation/admission ceremony should normally exceed 15 days.
2. **Employed Positions.**
 - a. Non-MRCVS veterinary surgeons selected for employed positions at **veterinary schools, designated veterinary laboratories and research institutes.**
 - b. A non-MRCVS specialist performing some specific procedure or operation **at the invitation of a practising member of this College**, normally for a **short period** (e.g. normally 7 days or less).
3. **Accompanying Animals.** Non-MRCVS veterinary surgeons accompanying animals owned by a person or company for which he provides veterinary care outside the UK, **normally for a period of 31 days or less.**
4. **Post-graduate Education.** Non-MRCVS veterinary surgeons undertaking **post-graduate education** at an organisation, such as RCVS (certificates and diplomas) veterinary schools, charities and trusts (IDPT, SPANA, the Zoological Society, etc), practices conducting courses of study of less than 6 months, **in order to provide foreign qualified veterinary surgeons** with an opportunity of **gaining experience** in the United Kingdom which they can put into practice in their home countries.

It should be noted that the above provisions are based on SI 2003/2919 which implemented EU Directive 78/1026/EEC. That Directive **has been repealed with effect from 20th October 2007 and replaced by Directive 2005/36 EC.** Under the new provisions, **EU nationals (and Swiss citizens, who would ordinarily be assimilated to EU nationals) will be able to provide services in other member states on an “occasional and temporary” basis providing they are fully registered in their home member state and notify the host state in advance of their intention to provide services.**

Although the RCVS has been working to the principles of the new Directive since its entry into force on 20th October 2005, **the UK Government is still working on the internal legislation relating to the new Directive. Since 1 November 2007 and until such time as that internal legislation is completed and enters into force, the RCVS has been and will continue to follow the notions and procedures of the General Systems Regulations¹⁵**

C. Sociétés professionnelles

If a **body corporate violates the registration requirements** with the consent or connivance of, or attributable to any neglect on the part of, any director, manager, secretary or other similar officer of the body corporate, or a person purporting to act in any such capacity, **he, as well as the body corporate shall be liable to be proceeded against and punished accordingly.**¹⁶

¹⁵ Based on telephone conversations between the author of this opinion and Christine Fraser, Head of Registration, RCVS on 17 December, 2007. The General Systems Regulations are available at: http://opsi.gov.uk/si/si2007/uksi_20072781_en_3#pt2-l1g8.

¹⁶ The Veterinary Surgeon's Act 1966 c 36 s 20.

AUTRICHE

EINLEITUNG

Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- EG-Vertrag in der Form des Vertrages von Lissabon
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681).

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

a. Gesetze

- [Bundesgesetz vom 13. Dezember 1974 über den Tierarzt und seine berufliche Vertretung \(Tierärztegesetz\)](#), BGBl. Nr. 16/1975, letzte Änderung BGBl. I Nr. 135/2006.

Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Das Tierärztegesetz setzt bereits die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen um.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Tierärzte die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten nochmals erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

A. Niederlassung als Tierarzt

1. Titel

Die Ausübung des tierärztlichen Berufes ist ausschließlich den Tierärzten vorbehalten. Gem. § 14 Abs. 1 Tierärztegesetz darf die Berufsbezeichnung "Tierarzt" nur nach Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen geführt werden.

Jede Bezeichnung oder Titelführung, die geeignet ist, die Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes oder einzelner Zweige dieses Berufes vorzutäuschen, ist verboten.

Der Bezeichnung der tierärztlichen Berufstätigkeit dürfen neben den amtlichen oder vom Bundespräsidenten verliehenen Titeln sowie neben den akademischen Graden und Würden nur solche wahrheitsgemäße Zusätze beigefügt werden, die auf die gegenwärtige Verwendung hinweisen. Die Führung ausländischer Titel und Würden ist nach den hiefür geltenden Vorschriften gestattet.

Dies gilt nicht für

1. im Ausland zur Ausübung des tierärztlichen Berufes Berechtigte, die sich nur vorübergehend und nicht zum Zweck der Ausübung des tierärztlichen Berufes im Inland aufhalten;
2. Für Fremde, die in ihrem Herkunftsstaat zur Ausübung des tierärztlichen Berufes befugt sind, und den tierärztlichen Beruf im Inland im Grenzgebiet nach Maßgabe zwischenstaatlicher Übereinkommen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit ausüben oder als Vertragsassistenten an einer inländischen Hochschule nach Maßgabe der für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer geltenden Rechtsvorschriften tätig sind.

2. Erfordernisse

Gem. § 3 Abs. 1 Tierärztegesetz bedarf es zur Ausübung des tierärztlichen Berufes des Nachweises der **allgemeinen Erfordernisse** sowie der **Eintragung** in die Tierärzteliste.

a. Allgemeine Erfordernisse sind:

1. die volle Geschäftsfähigkeit,
2. die österreichische Staatsbürgerschaft oder die Staatsangehörigkeit einer der übrigen Vertragsparteien des EWR-Abkommens; das Erfordernis entfällt für Staatsangehörige eines Vertragsstaates eines Abkommens mit den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten, welches die Mitgliedstaaten zur Inländergleichbehandlung hinsichtlich des Niederlassungsrechts und des Dienstleistungsverkehrs verpflichtet, für die freiberufliche Berufsausübung, oder Ehegatten eines im Rahmen der Freizügigkeit in Österreich im Lohn- oder Gehaltsverhältnis oder selbstständig tätigen Staatsangehörigen einer Vertragspartei des EWR-Abkommens
3. ein an der Veterinärmedizinischen Universität Wien abgeschlossenes Diplomstudium der Studienrichtung Veterinärmedizin oder ein an der Veterinärmedizinischen Universität Wien als Diplomstudium der Studienrichtung Veterinärmedizin nostrifizierter ausländischer Studienabschluss oder ein in Anhang V Punkt 5.4.2 der Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifika-

Auriche

tionen¹⁷ aufgeführter Ausbildungsnachweis, der gegebenenfalls mit den dort genannten Bescheinigungen versehen ist,

Bei Staatsangehörigen der Vertragsparteien des EWR-Abkommens entfällt dies, wenn ein Ausbildungsnachweis vorgelegt wird, der den in Anhang V Punkt 5.4.2 der Richtlinie 2005/36/EG aufgeführten Ausbildungsnachweisen nicht entspricht, sofern diesem eine Bescheinigung der zuständigen Behörde einer Vertragspartei des EWR-Abkommens beigelegt ist, wonach die betreffende Person während der letzten fünf Jahre vor Ausstellung der Bescheinigung mindestens drei Jahre lang ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig den tierärztlichen Beruf ausgeübt hat.

4. ausreichende Kenntnis der Amtssprache,
5. für Staatsangehörige von Vertragsparteien des EWR-Abkommens – die schriftliche Bestätigung einer Vertragspartei des EWR-Abkommens, dass die betreffende Person in diesem Staat zur selbständigen Ausübung des tierärztlichen Berufes berechtigt ist.

b. Fachtierarzt

Gem. § 14b Abs. 1 Tierärztegesetz sind Voraussetzungen für den Erwerb eines **Fachtierarzttitels**

1. die Befugnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes,
2. ein Diplom der Veterinärmedizinischen Universität Wien der Studienrichtung Veterinärmedizin oder ein an der Veterinärmedizinischen Universität Wien als Diplomstudium der Studienrichtung Veterinärmedizin nostrifizierter ausländischer Studienabschluss oder ein Ausbildungsnachweis, der die Absolvierung eines dem **Anhang V Punkt 5.4.1.** der Richtlinie 2005/36/EG entsprechenden Ausbildungsprogrammes für Tierärzte bestätigt;
3. der Abschluß einer fachspezifisch-praktischen Weiterbildung,
4. der Abschluß einer fachspezifisch-theoretischen Weiterbildung,
5. der Abschluß einer fachspezifisch-wissenschaftlichen Weiterbildung und
6. eine erfolgreich abgelegte Prüfung gemäß § 14a Abs. 1 Tierärztegesetz.

3. Antragsinhalt

Gem. § 6 Abs. 1 Tierärztegesetz gilt: Wer den Beruf eines Tierarztes auszuüben beabsichtigt, hat sich bei der **Kammer anzumelden**, seinen Berufssitz anzugeben und unter **Vorlage der erforderlichen Personal- und Ausbildungsnachweise** die Eintragung in die Tierärzteliste für den in Aussicht genommenen Berufssitz zu beantragen.

Erfüllt der Bewerber die Voraussetzungen hat ihn die Kammer in die Tierärzteliste einzutragen und ihm gleichzeitig einen **Tierärztausweis** auszustellen. Die tierärztliche Tätigkeit darf erst nach Erhalt des Tierärztausweises aufgenommen werden. Der Tierarzt hat sich bei der nach seinem Berufssitz zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde binnen zwei Wochen nach Erhalt des Tierärztausweises zu melden.

¹⁷ ABl. Nr. L 255 vom 30. September 2005 S. 22.

Auriche

4. Zuständige Behörden, Verfahren, Rechtsbehelfe

a. Zuständige Behörde

Zur Vertretung des Tierärztestandes ist für den räumlichen Bereich eines jeden Bundeslandes eine Kammer eingerichtet.

Die Anmeldung hat direkt bei der Kammer jenes Bundeslandes zu erfolgen, in dem die Berufsausübung geplant ist.

Kontakte:

Österreichische Tierärztekammer

<http://www.tieraerztekammer.at/kontakt.php>.

Landesstelle Niederösterreich

http://www.tieraerztekammer.at/ueber_landesstellen_dtl.php?bl=nied.

Landesstelle Wien

http://www.tieraerztekammer.at/ueber_landesstellen_dtl.php?bl=wien.

b. Verfahren

Ein Antrag auf Eintragung in die Tierärzteliste ist von der Kammer in der Regel binnen vierzehn Tagen zu erledigen.

c. Rechtsbehelfe

Erfüllt der Bewerber die gesetzlichen Voraussetzungen nicht, so hat die Kammer die Eintragung mit Bescheid zu versagen. Gegen den Bescheid ist die Berufung an jenen Landeshauptmann zulässig, der für den in Aussicht genommenen Berufssitz oder Dienstort oder – wenn im Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Berufssitz noch ein Dienstort in Aussicht genommen ist - für den Wohnsitz des Bewerbers zuständig ist. Besteht auch kein inländischer Wohnsitz, so ist der Landeshauptmann von Wien zuständig. Eine weitere Berufung ist nicht zulässig.

d. Rechtsstellung

Jeder Tierarzt ist in seiner beruflichen Tätigkeit verpflichtet, die Berufspflichten einzuhalten. Der Tierarzt hat seinen Beruf gewissenhaft und fachlich eigenverantwortlich auszuüben (§§ 20, 21, 24). Er ist verpflichtet, sich beruflich fortzubilden und sich mit dem letzten Stand der Veterinärmedizin vertraut zu machen. Dem Tierarzt ist gem. § 17 Tierärztegesetz im Zusammenhang mit der Ausübung seines tierärztlichen Berufes jede unsachliche, wahrheitswidrige oder irreführende Werbung verboten.

Ein Tierarzt darf gem. § 19 Tierärztegesetz Zeugnisse und Gutachten nur nach gewissenhafter Erhebung und Untersuchung und unter genauer Beachtung der Regeln, Erkenntnisse und Erfahrungen der Veterinärmedizin nach seinem besten Wissen und Gewissen abgeben. Der Tierarzt darf ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das ihm bei der Ausübung seines Berufes anvertraut oder zugänglich geworden ist, nicht offenbaren oder verwerten.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Gem. § 4a Tierärztegesetz dürfen EWR-Staatsangehörige, die zur Ausübung des tierärztlichen Berufes befugt sind, diesen in Österreich grenzüberschreitend ausüben. Sie haben bei Ausübung ihrer Tätigkeit in Österreich den Organen der öffentlichen Aufsicht auf deren Verlangen eine **Bescheinigung des Niederlassungsstaates** darüber vorzulegen, daß sie den tierärztlichen Beruf im Niederlassungsstaat rechtmäßig ausüben.

Die Tierärzte haben sich bei der Bezirksverwaltungsbehörde jenes Bezirkes, in dem sie tierärztliche Leistungen zu erbringen beabsichtigen, vor Aufnahme ihrer tierärztlichen Tätigkeit einmal je Kalenderjahr **schriftlich** unter Beilage der genannten **Bescheinigung**, die im Zeitpunkt der Vorlage nicht älter als zwölf Monate sein darf, anzumelden. Erbringen Tierärzte nach Abs. 1, die eine solche Anmeldung noch nicht erstattet haben, tierärztliche Leistungen im Inland bei Gefahr im Verzug, so haben sie diese Anmeldung **unverzüglich nachzuholen**.

2. Zuständige Behörden

Bezirksverwaltungsbehörde jenes Bezirkes, in dem die tierärztlichen Leistungen erbracht werden sollen.

3. Rechtsstellung

Dienstleistende Tierärzte sind bei Ausübung ihrer Tätigkeit in Österreich hinsichtlich Disziplinarvergehen den Kammermitgliedern nach Abschnitt 2 des Tierärztegesetzes **gleichgestellt**.

Dienstleistende Tierärzte nach dürfen in Ausübung des tierärztlichen Berufes in Österreich auch kleine, den täglichen Bedarf nicht übersteigende Mengen jener gebrauchsfertigen Tierarzneimittel - ausgenommen immunologische Tierarzneimittel - zur Verabreichung an Tiere mitführen, die in Österreich **nicht** zugelassen sind, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Die Tierarzneimittel müssen im Niederlassungsstaat des Tierarztes behördlich zugelassen sein.
2. Der Tierarzt muß die Tierarzneimittel in der Originalpackung befördern.
3. Die mitgeführten, zur Verabreichung an Nutztiere bestimmten Tierarzneimittel müssen bezüglich ihrer Wirkstoffe qualitativ und quantitativ ähnlich zusammengesetzt sein wie vergleichbare, zur Verwendung in Österreich zugelassene Arzneimittel.
4. Der Tierarzt muß dafür sorgen, daß die jeweils erforderliche Wartezeit eingehalten wird.
5. Der Tierarzt darf dem Tierbesitzer oder Tierhalter der in Österreich behandelten Tiere Tierarzneimittel nur insoweit überlassen, als deren Verabreichung gemäß § 12 Tierärztegesetz nicht dem Tierarzt vorbehalten ist; dabei darf er dem Tierbesitzer oder Tierhalter die Tierarzneimittel nur für die von ihm selbstbehandelten Tiere und nur in jenen Mengen überlassen, die für die Weiterbehandlung der betreffenden Tiere unbedingt erforderlich sind.

Autriche

6. Der Tierarzt hat über die in Österreich behandelten Tiere die Diagnose, die verabreichten Tierarzneimittel, die verabreichte Dosis, die Behandlungsdauer und die eingehaltene Wartezeit Aufzeichnungen zu führen. Diese Aufzeichnungen sind mindestens drei Jahre lang aufzubewahren. Der Tierarzt hat den behördlichen Kontrollorganen auf Verlangen Auskunft über diese Angaben zu erteilen.

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Gem. § 15a Abs. 1 Tierärztegesetz sind **Tierärztegesellschaften** möglich, etwa zum Betreiben einer tierärztlichen Ordination oder eines privaten Tierspitals; hierzu sind berufsberechtigte Tierärzte oder Gesellschaften, deren Gesellschafter berufsberechtigte Tierärzte sind, berechtigt. Eine Beteiligung Berufsfremder an einer Tierärztegesellschaft ist nur für stille Teilhaber möglich. Werden bei der Errichtung einer GmbH auch Zweigstellen vorgesehen, so ist sicherzustellen, dass verantwortlicher Leiter nur ein tierärztlicher Gesellschafter sein darf, der auch jeweils nur eine Zweigstelle leiten darf und der wesentliche Anteile an der Gesellschaft halten muss.

FRANCE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

- Les dispositions relatives l'exercice de la profession de vétérinaire se trouvent dans le **Code Rural aux articles L. 241-1 et suivants (partie législative) et aux articles R. 242-43 et suivants (partie réglementaire)**

- **Arrêté du 21 mai 2004** fixant la liste des diplômes, certificats ou titres de vétérinaire mentionnée à l'article L. 241-2 du code rural

2. Interrelation avec le droit européen

L'ordonnance n° 2008-507 du 30 mai 2008 a transposé la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Tout vétérinaire de nationalité française ou ressortissant d'un autre Etat membre de l'Union européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen qui remplit certaines conditions d'exercice¹⁸ et qui désire exercer sa profession est tenu, au préalable, de faire enregistrer sans frais son diplôme auprès du service de l'Etat compétent ou de l'organisme désigné à cette fin¹⁹.

Pour l'exercice en France des activités de vétérinaire, les ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne et des autres Etats parties à l'accord sur l'Espace économique européen peuvent se prévaloir²⁰ :

1° Soit d'un diplôme ou titre figurant sur une liste établie conformément aux obligations communautaires ou à celles résultant de l'accord sur l'Espace économique européen, par arrêté du ministre chargé de l'agriculture, et délivré postérieurement à la date éventuellement fixée par cet arrêté pour chaque catégorie de diplôme, certificat ou titre ;

2° Soit d'un diplôme, certificat ou titre de vétérinaire délivré par un Etat membre de l'Union européenne ou un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen et figurant sur cette liste mais délivré avant le 18 décembre 1980 ou à une date antérieure à celle prévue par l'arrêté, ou sanctionnant une formation commencée avant ces dates, lorsque ce diplôme, certificat ou titre est accompagné d'un certificat délivré par l'autorité compétente de l'Etat concerné. Ce certificat atteste que ce diplôme, certificat ou titre est conforme à la directive 2005 / 36 / CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles ;

3° Soit d'un diplôme, certificat ou titre de vétérinaire délivré par un Etat membre de l'Union européenne ou un Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen et figurant sur

¹⁸ Prévues par les articles L. 241-2 à L. 241-5 du Code Rural.

¹⁹ Article L. 241-1 du Code Rural.

²⁰ Article L. 241-2 du Code Rural.

France

cette liste mais délivré avant le 18 décembre 1980 ou à une date antérieure à celle prévue par l'arrêté, ou sanctionnant une formation commencée avant ces dates, lorsque ce diplôme, certificat ou titre est accompagné d'une attestation délivrée par l'autorité compétente de l'Etat concerné certifiant que l'intéressé s'est consacré de façon effective et licite aux activités de vétérinaire pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années qui ont précédé la délivrance de cette attestation ;

- 4° Soit d'un diplôme, certificat ou titre de vétérinaire délivré par un Etat membre de l'Union européenne ou un Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen et figurant sur cette liste mais délivré avant le 18 décembre 1980 ou sanctionnant une formation commencée avant cette date à condition que ce diplôme, certificat ou titre soit accompagné d'une attestation délivrée par l'autorité compétente de l'Etat concerné certifiant que l'intéressé s'est consacré de façon effective et licite aux activités de vétérinaire pendant au moins trois années consécutives au cours des cinq années qui ont précédé la délivrance de cette attestation ;
- 5° Soit d'un diplôme, certificat ou titre de vétérinaire délivré par un Etat membre de l'Union européenne ou un Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen ne répondant pas aux dénominations figurant sur cette liste à condition que ce diplôme, certificat ou titre soit accompagné d'un certificat délivré par l'autorité compétente de l'Etat concerné. Ce certificat atteste que ce diplôme, certificat ou titre est assimilé à ceux dont les dénominations figurent sur cette liste et sanctionne une formation conforme aux dispositions de la directive 2005 / 36 / CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 ;
- 6° Soit d'un diplôme, certificat ou titre de vétérinaire n'ayant pas été délivré par un Etat membre de la Communauté européenne ou par un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen, dès lors qu'il a été reconnu par un Etat membre de la Communauté européenne ou par un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen et que son titulaire a acquis une expérience professionnelle de trois années au moins dans cet Etat, et attesté par celui-ci.

La liste des diplômes, certificats ou titres de vétérinaire susmentionnée qui ouvrent droit à l'exercice en France des activités de vétérinaire aux ressortissants d'un Etat membre de l'Union européenne, d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen, ou de la Suisse est précisée par l'arrêté du 21 mai 2004 pris par le ministre de l'agriculture, de l'alimentation, de la pêche et des affaires rurales et modifié en dernier lieu par l'arrêté du 28 juillet 2008²¹.

L'enregistrement du diplôme doit être, préalablement à l'exercice de la profession, suivi de la production d'un certificat d'inscription au tableau de l'ordre des vétérinaires délivré par le conseil régional de l'ordre des vétérinaires.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Les vétérinaires titulaires des diplômes susmentionnés n'ont pas à faire reconnaître leur diplôme. Ils doivent simplement le faire enregistrer au même titre que ceux ayant un diplôme français.

Tout vétérinaire qui sollicite son inscription au tableau de l'ordre doit adresser sa demande au président du conseil régional de l'ordre dans la circonscription duquel il se propose de fixer son domicile professionnel administratif ou d'exercer sa profession à titre principal²².

²¹ Pour les diplômes de la Confédération Suisse, il s'agit de « Eidgenössisch diplomierter Tierarzt », « titolare di diploma federale di veterinario », « titulaire du diplôme fédéral de vétérinaire » délivrés par le Département fédéral de l'intérieur.

²² Article R. 242-85 du Code Rural.

France

La demande d'inscription doit être accompagnée des pièces suivantes²³:

- 1° La présentation de l'original ou la production ou l'envoi d'une photocopie lisible d'un passeport ou d'une carte nationale d'identité en cours de validité ;
- 2° Une copie du diplôme d'Etat de docteur vétérinaire ou diplôme, certificat ou autre titre de vétérinaire et, pour les vétérinaires d'origine étrangère et naturalisés français, de l'arrêté ministériel les habilitant à exercer en France, ou, s'ils sont originaires de la Communauté européenne ou des autres Etats partie à l'accord sur l'Espace économique européen, de l'un des titres mentionnés à l'article L. 241-2 ;
- 3° Un extrait de casier judiciaire datant de moins de trois mois, remplacé ou complété, pour les vétérinaires originaires de la Communauté européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen, par une attestation délivrée depuis moins de trois mois par l'autorité compétente de l'Etat membre d'origine ou de provenance, certifiant que sont remplies les conditions de moralité et d'honorabilité exigées dans cet Etat pour l'accès aux activités de vétérinaire ;
- 4° Une déclaration manuscrite rédigée en langue française par laquelle, sous la foi du serment, l'intéressé déclare avoir eu connaissance du code de déontologie vétérinaire et s'engage à exercer sa profession avec conscience, honneur et probité ;
- 5° Si le vétérinaire entend exercer sa profession en partage d'activité, une copie du contrat écrit concernant ce partage d'activité ;
- 6° Le cas échéant, une copie du contrat établi entre le vétérinaire et son employeur ;
- 7° Un justificatif de domicile professionnel administratif ;
- 8° Pour l'exercice en qualité de vétérinaire responsable, ou de vétérinaire responsable intérimaire d'une entreprise mentionnée à l'article L. 5142-1 du code de la santé publique, de vétérinaire délégué ou de vétérinaire délégué intérimaire d'un établissement de ces mêmes entreprises, la copie du contrat liant le vétérinaire à l'entreprise ou à l'établissement, elle-même accompagnée :
 - a) De la justification que l'intéressé satisfait aux conditions d'exercice prévues, selon le cas, à l'article R. 5145-13 ou à l'article R. 5145-14 du code de la santé publique ;
 - b) De la copie de l'acte de l'organe social compétent de l'entreprise portant désignation de l'intéressé et fixant ses attributions ;
- 9° Pour l'exercice en qualité de vétérinaire adjoint dans une entreprise ou un établissement mentionné à l'article L. 5142-1 du code de la santé publique, toute pièce indiquant la nature, les conditions et les modalités d'exercice de cette activité ;
- 10° Pour l'exercice en qualité de vétérinaire lié par la convention prévue à l'article R. 5145-46 du code de la santé publique à une entreprise dont dépend un établissement fabricant, important ou distribuant des aliments médicamenteux, la copie de la convention liant le vétérinaire à l'entreprise.

Il est précisé que lorsqu'il s'établit en France pour exercer la médecine et la chirurgie des animaux ou les activités prévues aux articles du code de la santé publique se rapportant aux médicaments vétérinaires et aux substances et préparations vénéneuses, le vétérinaire, ressortissant des Etats membres de la communauté européenne et des autres parties à l'Accord sur L'Espace économique européen et de la Confédération suisse²⁴ doit, dès le début de son activité professionnelle présenter sa demande d'inscription au tableau de l'ordre des vétérinaires, par lettre recommandée avec demande d'avis de réception, au président du conseil régional dont il dépend²⁵.

²³ *Ibid.*

²⁴ Qui bénéficie des dispositions des articles L. 241-2 à L. 241-5 du Code Rural.

²⁵ Article R. 241-20 du Code Rural.

France

Sans préjudice des autres pièces ou formalités exigées en vertu du code de déontologie et des règlements de la profession, cette demande doit être accompagnée de:

- 1° Une copie du diplôme, certificat ou titre de vétérinaire de l'intéressé, accompagnée s'il y a lieu de l'attestation prévue à l'article L. 241-2, ainsi que, le cas échéant, une traduction de ces documents établie par un traducteur assermenté ou habilité à intervenir auprès des autorités judiciaires ou administratives d'un autre Etat membre de l'Union européenne, d'un Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen ou de la Confédération suisse ;
- 2° Une attestation délivrée depuis moins de trois mois par l'autorité compétente de l'Etat d'origine ou de provenance certifiant que les conditions de moralité et d'honorabilité exigées par cet Etat pour l'accès aux activités de vétérinaire sont remplies par l'intéressé ou, lorsque l'Etat d'origine ou de provenance n'exige pas de preuve de moralité ou d'honorabilité pour le premier accès à ces activités, un extrait de son casier judiciaire ou, à défaut, tout document équivalent délivré depuis moins de trois mois par l'autorité compétente dudit Etat membre.

Tous les documents produits à l'appui de la demande d'inscription doivent être accompagnés, s'ils ne sont pas rédigés en français, d'une traduction certifiée par un traducteur assermenté ou habilité à intervenir auprès des autorités judiciaires ou administratives d'un autre Etat membre de l'Union européenne, d'un Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen ou de la Confédération suisse²⁶.

3. Autorité compétente

C'est le président du conseil régional de l'ordre des vétérinaires dont le vétérinaire dépend qui est compétent.

Conseil Régional de l'Ordre Région Aquitaine et TOM
40 Rue de Belfort
F- 33000 BORDEAUX
Tél : +33 (0) 5 56 24 56 93

Conseil Régional de l'Ordre Région Bretagne
23 Rue Lesage
F- 35 104 RENNES cédex 3
Tél : +33 (0) 2 99 63 71 95

Conseil Régional de l'Ordre Région Ile de France
34 Rue Bréguet
F- 75011 PARIS
Tél : +33 (0) 1 47 00 12 89

Conseil Régional de l'Ordre Région Limousin
2 Place du marché
F- 23 700 AUZANCES
Tél : + 33 (0) 5 55 67 18 48

Conseil Régional de l'Ordre Région Midi-Pyrénées
B.P.87614
23 Chemin des Capelles
F- 31076 TOULOUSE CEDEX 3
Tél: +33 (0) 5 34 50 44 47

²⁶ Article R. 242-85 du Code Rural.

France

Conseil Régional de l'Ordre Région Normandie
25, Rue St Michel
F- 14000 CAEN
Tél: +33 (0) 2 31 52 11 01

Conseil Régional de l'Ordre Région Pays de Loire
6, rue de la Rainière
B.P. 63916
F- 44339 NANTES cédex 3
Tél : +33 (0) 2 40 50 06 63

Conseil Régional de l'Ordre Région Picardie
6, Boulevard de Belfort
B.P. 21723
F- 80017 AMIENS CEDEX 1
Tél : +33 (0) 3 22 72 66 74

Conseil Régional de l'Ordre Région Poitou-Charentes
102 Rue de Royan
F- 16710 ST YRIEIX
Tél : +33 (0) 5 45 94 33 52

Conseil Régional de l'Ordre Région Rhône Alpes
110 avenue Barthélémy Buyer
F- 69009 LYON
Tél : + 33 (0) 4 72 57 16 65

4. Procédure

La demande d'inscription est enregistrée lorsque toutes les pièces mentionnées précédemment²⁷ ont été reçues par le conseil régional. Un récépissé est adressé par lettre recommandée avec demande d'avis de réception au demandeur par le conseil régional de l'ordre.

Le conseil régional de l'ordre dresse, chaque année et pour chaque département compris dans son ressort, le tableau des vétérinaires qui remplissent les conditions fixées à l'article L. 241-1²⁸ et des sociétés civiles professionnelles de vétérinaires qui remplissent les conditions fixées à l'article L. 241-14²⁹. Ce tableau est déposé à la préfecture ainsi qu'au parquet du tribunal compétent de l'ordre judiciaire du chef-lieu de chacun des départements de la région; il est, en outre, affiché dans toutes les communes du département³⁰.

5. Délais

Le conseil régional de l'ordre doit statuer dans un délai maximum de deux mois³¹ à compter de l'enregistrement de la demande³². Ce délai est prolongé lorsqu'il est indispensable de procéder à une enquête hors du territoire national.

²⁷ Prévues aux articles R. 242-85 et R. 242-86 du Code Rural.

²⁸ C'est-à-dire qui ont fait enregistrer leur diplôme et fait une demande d'inscription acceptée.

²⁹ La société doit avoir fait les formalités d'inscription au tableau de l'ordre.

³⁰ Article L. 242-4 du Code Rural.

³¹ *Ibid.*

6. Décision et possibilité de recours

L'inscription ne peut être refusée que par décision motivée³³. La décision prise sur la demande d'inscription au tableau de l'ordre est notifiée à l'intéressé par le président du conseil régional par lettre recommandée avec demande d'avis de réception. Elle est également notifiée au directeur départemental des services vétérinaires du département dans lequel exerce le vétérinaire, au président du Conseil supérieur de l'ordre, ainsi qu'au directeur général de l'Agence française de sécurité sanitaire des aliments pour les vétérinaires exerçant dans une entreprise ou un établissement mentionné à l'article L. 5142-1 du code de la santé publique³⁴.

Le refus d'inscription au tableau de l'ordre ouvre droit à recours dans les conditions suivantes³⁵ : Il peut être porté appel des décisions des chambres régionales de discipline devant la chambre supérieure de discipline. Celle-ci est composée des membres du conseil supérieur de l'ordre et d'un conseiller honoraire à la Cour de cassation, ou à défaut d'un conseiller en activité, exerçant la présidence et désigné par le premier président de la Cour de cassation. La chambre supérieure de discipline peut être saisie, dans le délai de deux mois à dater du jour de la notification, de la décision de la chambre régionale de discipline par l'intéressé ou les auteurs de la plainte. L'appel a un effet suspensif³⁶.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Les vétérinaires ressortissants d'un des Etats membres de la Communauté européenne, d'autres Etats parties à l'accord sur l'Espace économique européen, ou de la Confédération suisse, qui sont établis et exercent légalement les activités de vétérinaire dans un de ces Etats autre que la France peuvent exécuter en France à titre occasionnel des actes professionnels sans être soumis à l'obligation d'inscription au tableau de l'ordre des vétérinaires³⁷. L'exécution de ces actes est toutefois subordonnée à une déclaration préalable. Si l'urgence ne permet pas de faire cette déclaration préalablement à l'acte, elle doit être faite postérieurement dans un délai maximum de quinze jours.

2. Demande et son contenu

La déclaration contient³⁸:

- 1° Nom, prénom, lieu et date de naissance, nationalité et adresse professionnelle de l'intéressé ;
- 2° Nature et durée des actes professionnels, et départements où ils seront exécutés.

³² Article R. 242-87 du Code Rural.

³³ Article L. 242-4 du Code Rural.

³⁴ Article R. 242-88 du Code Rural.

³⁵ Article L. 242-4 du Code Rural.

³⁶ Article L. 242-8 du Code Rural.

³⁷ Article L. 241-3 du Code rural.

³⁸ Article R. 241-21 du Code Rural.

France

L'intéressé doit joindre à sa déclaration une attestation délivrée depuis moins de douze mois par l'autorité compétente de l'Etat où il est établi certifiant qu'il y exerce légalement les activités de vétérinaire, une copie de son diplôme, certificat ou titre de vétérinaire accompagnée s'il y a lieu d'une attestation³⁹, ainsi que, le cas échéant, une traduction de ces documents établie par un traducteur assermenté ou habilité à intervenir auprès des autorités judiciaires ou administratives d'un autre Etat membre de l'Union européenne, d'un Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen ou de la Confédération suisse.

3. Autorité compétente

La déclaration est adressée au président du conseil régional de l'ordre des vétérinaires de la région où les actes professionnels seront exécutés⁴⁰.

Pour les adresses, voir le 3. dans la partie concernant la liberté d'établissement.

4. Procédure

D'après les informations obtenues auprès du Conseil Régional d'Ile de France, le Conseil vérifie les informations contenues dans la déclaration.

5. Délais

Aucun délai n'est précisé.

6. Décision et possibilité de recours

Les recours contre une décision de refus motivée sont les mêmes que ceux prévus dans le cadre de la liberté d'établissement.

7. Effets de l'autorisation

Le vétérinaire effectuant les actes professionnels relevant de l'exercice de la médecine et de chirurgie des animaux ainsi que de l'exercice de la pharmacie vétérinaire est soumis à la juridiction disciplinaire du conseil régional de l'ordre des vétérinaires dans le ressort duquel il exécute ses actes professionnels. Lorsque ce vétérinaire est traduit devant un conseil régional, le président de ce conseil en avise sans délai le président du Conseil supérieur de l'ordre des vétérinaires. Les décisions des chambres de discipline concernant les vétérinaires ici visés sont portées sans délai à la connaissance du ministre chargé de l'agriculture⁴¹.

³⁹ Telle que prévue à l'article L. 241-2 du Code Rural.

⁴⁰ Article R. 241-21 du Code Rural.

⁴¹ Article R. 241-22 du Code Rural.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

Seuls les vétérinaires ayant fait enregistrer leur diplôme et étant inscrits sur le tableau de l'ordre des vétérinaires peuvent exercer en commun la médecine et la chirurgie des animaux dans le cadre des sociétés civiles professionnelles⁴². Cet exercice en commun ne peut être entrepris qu'après l'accomplissement par la société civile professionnelle de vétérinaires des formalités relatives à son inscription au tableau de l'ordre⁴³.

Les sociétés soumises à l'inscription au tableau de l'ordre sont inscrites au lieu de leur siège social⁴⁴. Les associés de ces sociétés doivent également être inscrits au tableau de l'ordre du Conseil régional dans la circonscription duquel se trouve le siège social de la société⁴⁵.

La demande d'inscription d'une société de vétérinaires est présentée collectivement par les associés, qui, s'ils sont en exercice, doivent fournir le certificat d'inscription au tableau de l'ordre les concernant.

Les personnes morales devront fournir :

- 1° Un exemplaire de leurs statuts accompagné du justificatif de leur domicile professionnel administratif ;
- 2° Le montant du capital social, le nombre, le montant nominal et la répartition des parts sociales représentatives de ce capital, les critères de répartition des bénéfices ;
- 3° Un document apportant la preuve de la libération totale ou partielle, suivant le cas, des apports concourant à la formation du capital social.

Toute modification des statuts ou des éléments susmentionnés doit être notifiée sans délai au conseil régional de l'ordre⁴⁶.

III. OBSTACLES

Sans objet

⁴² Régies par la loi n° 66-879 du 29 novembre 1966 relative aux sociétés civiles professionnelles et le décret n° 79-885 du 11 octobre 1979.

⁴³ Article L. 241-14 du Code Rural.

⁴⁴ Article R. 242-85 du Code Rural.

⁴⁵ *Ibid.*

⁴⁶ Article R242-86 du Code Rural.

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Due sono le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **veterinari** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. lgs. 206/2007**")⁴⁷
- **Legge 8 novembre 1984, n. 750** recante "Diritto di stabilimento e libera prestazione di servizi da parte dei veterinari cittadini degli Stati membri della Comunità economica europea" (qui di seguito: "**Legge 750/1984**")⁴⁸

Si rileverà che il D. lgs. 206/2007 **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di veterinario**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito della Legge 750/1984, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. lgs. 206/2007.**

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« **Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli**

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

⁴⁷ Il testo del decreto è consultabile sul sito del Parlamento italiano, alla pagina:
<http://www.parlamento.it/leggi/deleghe/07206dl.htm>.

⁴⁸ Il testo della legge è consultabile alla pagina:
http://www.italgiure.giustizia.it/nir/lexs/1984/lexs_289977.html.

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di veterinario, il Ministero della Sanità** (v. art. 5 D.lgs. 206/2007) – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D.lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che “**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea**”.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, **alla professione di veterinario**. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito della professione qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla legge 750/1984**. Distingueremo qui di seguito i due regimi, quello di cui al D. Lgs. 206/2007 (A.1) e quello di cui alla Legge 750/1984 (A.2).

A titolo di premessa, si dirà che la professione di **veterinario** rientra nelle c.d. “**professioni sanitarie**” per il cui esercizio è necessaria l'iscrizione ad un albo (v. Art. 8 del D.Lgs. 13 settembre 1946, n. 233). L'Albo è tenuto dagli Ordini dei veterinari, organizzati **su base provinciale** (art. 7 del D.Lgs. 233/1946). In effetti, “in ogni provincia sono costituiti gli Ordini dei medici-chirurghi, dei veterinari (etc.)” (art. 1 del D.Lgs. 233/1946). Gli Ordini provinciali sono riuniti in una Federazione nazionale con sede a Roma, nel caso dei veterinari la **Federazione Nazionale degli Ordini dei Veterinari Italiani: FNOVI, Via del Tritone, 125 - 00187 Roma - tel. 06 4881190 - 06 485923 - fax 06 4744332, E-mail: info@fnovi.it**.

Competente per le questioni relative al riconoscimento è il **Ministero della Salute, Direzione generale risorse umane e professioni sanitarie, Via Giorgio Ribotta, 5 - 00144 Roma**.

A.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », **alcune regole generali**, che valgono per **tutte le professioni cui esso si applica**.

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione veterinaria: il **Ministero della Salute** – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità** (tale è il caso della professione veterinaria: v. infra, A.2. punto 2), o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziaria* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di **assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale**, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

La documentazione deve essere inviata a:

Ministero della salute
Dipartimento della qualità - Direzione generale delle risorse umane e delle professioni sanitarie
Via Giorgio Ribotta 5- 00144 Roma

2. Formazione richiesta

L'art. 44 del D.lgs. 206/2007 è *specificatamente* consacrato alla professione veterinaria. In esso si dispone che l'ammissione alla formazione del medico veterinario è subordinata al **possesso di un diploma di scuola secondaria superiore** che dia accesso, per tali studi, alle Università. Il diploma di laurea in medicina veterinaria si consegue a seguito di un corso di **studi universitari teorici e pratici**, della **durata minima di cinque anni**, svolti a tempo pieno, effettuati presso un'università o sotto il controllo di un'università. Il ciclo di formazione per il conseguimento del titolo di medico veterinario verte almeno sul **programma indicato nell'allegato V, punto 5.4.1 del D.lgs. 206/2007, che qui si omette**.

Italie

La formazione di medico veterinario garantisce l'acquisizione da parte dell'interessato delle **sottoelencate conoscenze e competenze**:

- adeguate conoscenze delle **scienze** sulle quali si fondano le attività di medico veterinario;
- adeguate conoscenze della **struttura e delle funzioni degli animali** in buona salute, del loro **allevamento**, della loro riproduzione e della loro igiene in generale, come pure della loro alimentazione, compresa la tecnologia impiegata nella fabbricazione e conservazione degli alimenti rispondenti alle loro esigenze;
- adeguate conoscenze nel settore del **comportamento e della protezione degli animali**;
- adeguate conoscenze delle cause, della **natura, dell'evoluzione, degli effetti, della diagnosi e della terapia delle malattie degli animali**, sia individualmente che collettivamente; fra queste, una particolare conoscenza delle **malattie trasmissibili all'uomo**;
- adeguate conoscenze della **medicina preventiva**;
- adeguate conoscenze dell'**igiene** e della tecnologia per ottenere, fabbricare e immettere in commercio i prodotti alimentari animali o di origine animale destinati al consumo umano;
- adeguate conoscenze per quanto riguarda le disposizioni legislative, regolamentari e amministrative relative alle materie summenzionate;
- un'adeguata esperienza clinica e pratica sotto opportuno controllo (Art. 44 D. Lgs. 206/2007).

3. **Decisione e possibilità di ricorso ; autorità competente, istruttoria, procedura, termini**

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (**Ministero della salute**, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** » ai sensi della legge 7 agosto 1990, n. 241 alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata.

Tuttavia, la necessità di indire una « conferenza di servizi » non si applica, tra l'altro, nei casi di cui al capo IV del titolo III, sezione V, cioè per la professione di veterinario (art. 16, comma 5).

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

Se l'esercizio della professione in questione è condizionato alla **prestazione di un giuramento** o ad una **dichiarazione solenne**, al cittadino interessato è proposta una formula appropriata ed equivalente nel caso in cui la **formula** del giuramento o della dichiarazione **non** possa essere utilizzata da detto cittadino (art. 16 D. Lgs. 206/2007).

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. lgs. 206/2007, in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Riguardo all'uso del titolo professionale, il prestatore può usare nella professione la **denominazione del proprio titolo di studio**, ed eventualmente la **relativa abbreviazione**, nella **lingua** dello Stato membro nel quale il titolo di studio è stato conseguito. L'uso di detta denominazione o dell'abbreviazione non è tuttavia consentito se idoneo ad **ingenerare confusione** con una professione regolamentata nel territorio nazionale, per la quale l'interessato non ha ottenuto il riconoscimento della qualifica professionale; in tal caso la denominazione potrà essere utilizzata a condizione che ad essa siano apportate le modifiche o aggiunte idonee alla differenziazione, stabilite dall'autorità competente. Tuttavia, L'art. 16 comma 10 del D.lgs. 206/2007, che deroga a tale disposizione, e che pare ben applicabile alla professione di *veterinario*, prevede che i beneficiari del riconoscimento esercitano la professione **facendo uso della denominazione del titolo professionale e della sua eventuale abbreviazione, prevista dalla legislazione italiana**.

A.2. Regime di cui alla Legge 750/1984

1. Condizioni per il riconoscimento

Ai cittadini degli Stati membri delle Comunità europee, in possesso dei diplomi, certificati ed altri titoli di cui all'**allegato** alla legge 750/1984 (che qui si omette) è riconosciuto **il titolo di veterinario** ed consentito l'esercizio dell'**attività professionale di veterinario**. L'uso di tali titoli e delle relative abbreviazioni è consentito **sia nella lingua dello Stato di origine** o di provenienza, sia **nella lingua italiana**, in conformità alle corrispondenze dei titoli stessi enunciate nell'allegato (art. 1 Legge 750/1984).

2. Domanda

Per l'esercizio dell'attività di veterinario, l'interessato deve presentare al Ministero della sanità **istanza in carta da bollo** corredata dai seguenti documenti:

- **uno dei titoli** previsti dall'allegato (che qui si omette), in originale o in copia autenticata; quando il titolo sia stato rilasciato **prima** del 23 dicembre 1978 o sia stato rilasciato dopo tale data a conclusione di una formazione iniziata **prima** della medesima, esso deve essere corredato di un certificato delle autorità competenti dello Stato membro che li rilascia, in originale o in copia autenticata, **attestante che è stato conseguito sulla base della formazione prevista dalla normativa comunitaria**;
- **certificato di buona condotta**, ovvero certificato di **moralità e di onorabilità**, o equipollente, rilasciato dalla competente autorità dello Stato di origine o di provenienza e, qualora detto Stato ai fini dell'esercizio della libera professione **non richieda tale certificato**, un **estratto del casellario giudiziario** ovvero, in mancanza, un documento equipollente rilasciato dalla competente autorità dello Stato stesso.

La documentazione richiesta deve essere in data **non anteriore a tre mesi dalla presentazione della domanda** (Art. 2 Legge 750/1984).

3. Procedura

Il Ministero della sanità, d'intesa con il Ministero della pubblica istruzione, entro **due mesi** dalla data di ricezione della domanda, **accerta la regolarità della domanda stessa e della relativa documentazione e provvede alla sua trasmissione all'ordine dei veterinari della provincia nel cui albo l'interessato** intende chiedere l'iscrizione, dandone comunicazione al medesimo.

Il Ministero della sanità, nel caso di **fondato dubbio** circa l'autenticità dei diplomi, dei certificati e degli altri titoli, svolge, tramite il Ministero degli affari esteri, **i necessari accertamenti presso la competente autorità dello Stato di origine o di provenienza** e chiede conferma dell'autenticità degli stessi nonché dell'osservanza, da parte del beneficiario, di tutti i requisiti di formazione previsti dalle direttive CEE. Nel caso in cui il Ministero della sanità venga a conoscenza di **fatti gravi e specifici** verificatisi fuori del territorio nazionale che possono influire sull'ammissione del richiedente all'esercizio della professione, **chiede informazioni**, tramite il Ministero degli affari esteri, alla competente autorità dello Stato di origine o di provenienza. Per il periodo di tempo necessario ad acquisire tali informazioni il termine di cui al primo comma sospeso. La sospensione **non può eccedere i tre mesi**. La procedura di ammissione riprende alla **scadenza dei tre mesi** anche se lo Stato consultato non ha fatto pervenire la risposta. Le informazioni sono **coperte dal segreto**.

Il **rigetto** dell'istanza da parte del Ministero della sanità deve essere **motivato**. L'ordine dei veterinari, nel termine di **un mese dalla ricezione della domanda**, corredata dalla documentazione, inviata dal Ministero, adempie **alla procedura per l'iscrizione all'albo dei veterinari** (art. 3 Legge 750/1984).

4. Effetti dell'iscrizione

Il cittadino di altri Stati membri delle Comunità che abbia ottenuto l'iscrizione all'albo professionale **ha gli stessi diritti ed è soggetto agli stessi obblighi e sanzioni disciplinari stabiliti per i veterinari italiani** (art. 3 ult. comma Legge 750/1984).

Per i **procedimenti disciplinari e le relative sanzioni ai veterinari**, si applicano le disposizioni previste dal **decreto legislativo** del Capo provvisorio dello Stato 13 settembre 1946, n. 233, sulla ricostituzione degli ordini delle professioni sanitarie e per la disciplina dell'esercizio delle professioni stesse, e dal relativo regolamento di esecuzione approvato con D.P.R. 5 aprile 1950, n. 221, e successive modificazioni. A tal fine il Ministero della sanità **comunica le necessarie informazioni all'ordine dei veterinari competente per l'iscrizione temporanea all'albo o in apposito registro senza oneri per l'interessato**.

Il Ministero della sanità comunica, tramite il Ministero degli affari esteri, allo Stato di origine o di provenienza dell'interessato, le **sanzioni disciplinari** adottate, nonché quelle penali per reati concernenti l'esercizio della professione. A tal fine l'ordine dei veterinari **dà comunicazione al Ministero della sanità di tutte le sanzioni che incidono sull'esercizio professionale**. Le informazioni sono **coperte dal segreto** (art. 5 Legge 750/1984).

I veterinari sono sottoposti, in Italia, ad un **Codice deontologico** pubblicato sul sito della FNOVI (www.fnovi.it). Ai sensi dell'art. 6, rubricato "**Attività all'estero e attività in Italia dei Medici Veterinari**", "il Medico Veterinario comunitario o di Paese terzo, nell'esercizio dell'attività professionale in Italia, quando questa gli sia consentita, **è tenuto alla conoscenza e al rispetto delle norme deontologiche italiane**". **Non vi è alcun obbligo di concludere una polizza assicurativa da parte dei medici veterinari**.

B. Libera prestazione di servizi

Il D. lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alle professioni di *veterinario*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla Legge 750/1984**, che regola la materia agli artt. 7 e 8. Si distingueranno qui di seguito i **due** regimi, quello di cui al D. lgs. 206/2007 (B.1) e quello di cui alla Legge 750/1984 (B.2).

B.1. Regime di cui al D. lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Italie

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali: la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV – medico chirurgo, infermiere responsabile dell'assistenza generale, odontoiatra, veterinario, ostetrica, farmacista e architetto – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui alla Legge 750/1984

1. Condizioni per l'esercizio

I cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee sono ammessi alla prestazione di servizi veterinari nel territorio dello Stato italiano **senza essere tenuti alla iscrizione nell'albo professionale (art. 7 comma 1 della legge 750/1984)**.

2. Comunicazione

I cittadini degli altri Stati membri delle Comunità europee che desiderano offrire **prestazioni di servizi veterinari** nel territorio dello Stato italiano devono tuttavia presentare al **Ministero della sanità**:

- dichiarazione dalla quale risulti la **natura** della prestazione che l'interessato intende effettuare ed il **luogo dell'esecuzione della stessa**
- **certificato** della competente autorità dello Stato di origine o di provenienza da cui risulti che l'interessato **esercita legalmente la specifica attività o professione in detto Stato**;

Italie

- certificato attestante che l'interessato è in **possesso del diploma, certificato o altro titolo** di cui all'allegato alla legge (che qui si omette) richiesto per la prestazione di servizi (art. 7 comma 2 della legge 750/1984).

In caso di **urgenza**, la dichiarazione, unitamente alla documentazione suindicata, pu essere presentata **successivamente all'effettuazione della prestazione**, entro il termine di **quindici** giorni. La documentazione prevista nei commi precedenti deve essere di data **non anteriore a dodici mesi** da quella di presentazione. Il Ministero della sanità **dà comunicazione** delle prestazioni di servizio **all'ordine dei veterinari della provincia interessata** (art. 7 commi 3, 4 e 5 della legge 750/1984).

3. Diritti ed obblighi

Il cittadino degli altri Stati membri, nell'esercizio dell'attività di cui al precedente articolo, ha gli **stessi diritti ed soggetto agli stessi obblighi e sanzioni disciplinari** stabiliti per i veterinari cittadini italiani (art. 8 comma 1 della legge 750/1984).

Nel caso di **abusi** o di **mancanze** tali da comportare, se commessi da veterinari cittadini italiani, la **sospensione** dall'esercizio della professione o la radiazione dall'albo professionale, l'ordine dei veterinari competente per territorio **comunica immediatamente i fatti al Ministero della sanità che, con decreto motivato, proibisce al veterinario cittadino degli altri Stati membri di effettuare ulteriori prestazioni.**

Del provvedimento data tempestiva comunicazione all'autorità competente dello Stato d'origine o di provenienza, tramite il **Ministero degli affari esteri** (art. 8 commi 2 e 3 della legge 750/1984).